



## Geschäftsführung Gesundheitsausschuss

Frau Jeske

Telefon: (0221) 221-24646

Fax: (0221) 221-22755

E-Mail: evelyne.jeske@stadt-koeln.de

Datum: 22.05.2013

### Niederschrift

über die **Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 23.04.2013, 17:00 Uhr bis 20:08 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

### Anwesend waren:

#### Vorsitzende

Frau Cornelia Schmerbach	SPD
--------------------------	-----

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jürgen Koch	CDU	Vertreter für Frau Ursula Gärtner
Herr Michael Paetzold	SPD	
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU	
Frau Katrin Barion	GRÜNE	
Herr Stefan Peil	GRÜNE	
Frau Bettina Houben	FDP	

#### Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Jana Schiele	Pro Köln	ab 17:06 Uhr
Frau Uschi Röhrig	Die Linke.Köln	

#### Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Jürgen Zastrow	CDU	ab 18:13 Uhr
Herr Thomas Eichmüller	auf Vorschlag der Grünen	

#### Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Barbara Brunelli	GOL
-----------------------	-----

#### Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Robert Gaida	auf Vorschlag der FDP
-------------------	-----------------------

## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Felicitas Vorpahl-Allweins

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Herr Thilo Fußén

Schwips e.V.

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-  
Rhein-Erftkreis ab  
17:09 Uhr

## **Verwaltung**

Frau Dr. Anne Bunte

Herr Karl-Michael Gerhold

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

Herr Tobias Käufer

Herr Dr. Hans Georg Kimont

Herr Prof. Dr. Dr. Alex Lechleuthner

Herr Stephan Neuhoff

Frau Birgit Rannersberger

Frau Beigeordnete Henriette Reker

Herr Bernd Rosenberger

Herr Jörg Simon

Herr Frank Stobbe

Frau Ulrike Willms

## **Schriftführerin**

Frau Evelyne Jeske

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Ursula Gärtner

CDU

## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Thomas Jentgens

SPD

Herr Sven Kaske

auf Vorschlag der SPD-Fraktion

Herr Hartmut Steffens

auf Vorschlag der CDU

## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Herr Dr. Martin Theisohn

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Frau Michaela Diers

AIDS-Hilfe Köln e.V.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach begrüßt die Anwesenden zur 27. Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014.

Der Gesundheitsausschuss ist mit der von der Verwaltung vorgelegten erweiterten Tagesordnung einverstanden.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

A. Verpflichtung eines sachkundigen Einwohners gemäß § 5 der Hauptsatzung

B. Vortrag "20 Jahre Mobiler Medizinischer Dienst des Gesundheitsamtes"

#### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

#### **2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

2.1 Aktueller Sachstand zum Toilettenkonzept

2.2 Sachbericht aus dem Rechnungsprüfungsausschuss zu den Kosten der Feuerwehr

2.3 Erfahrungsbericht zur Ausweitung des Sperrbezirks

2.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 12.03.2013, hier: Neue Trinkwasserverordnung 1331/2013

#### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **5 Beschlussvorlagen**

#### **6 Mitteilungen**

6.1 Neues Nichtraucherschutzgesetz NRW (NiSchG NRW) ab dem 01.05.2013 1003/2013

6.2 AN/0296/2013 Armutszuwanderung nach Köln 1137/2013

- 6.3 Sachstand bei den Baumaßnahmen der Feuerwehr  
1392/2013

**7 Mündliche Anfragen**

- 7.1 Aktueller Stand auf dem Kalkberg
- 7.2 Müllentsorgung in Köln-Chorweiler
- 7.3 Abrechnungen von Feuerwehreinsätzen

**II. Nichtöffentlicher Teil**

A. Vortrag "Krankenhausabmeldungen"

**8 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

**9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**11 Beschlussvorlagen**

**12 Mitteilungen**

**13 Mündliche Anfragen**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **A. Verpflichtung eines sachkundigen Einwohners gemäß § 5 der Hauptsatzung**

Mit dem vorgegebenen Text verpflichtet die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach Herrn Thilo Fußén, der vom Rat als sachkundiger Einwohner für den Gesundheitsausschuss bestellt wurde.

### **B. Vortrag "20 Jahre Mobiler Medizinischer Dienst des Gesundheitsamtes"**

Herr Dr. Kimont, Leiter des Mobilen Medizinischen Dienstes (MMD) des Gesundheitsamtes, gibt anhand einer Powerpoint-Präsentation einen Überblick über 20 Jahre MMD.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bedankt sich für die interessante Darstellung dieses wichtigen Angebotes des Gesundheitsamtes.

Danach werden die Fragen von SB Frau Houben, RM Herrn Dr. Strahl, RM Frau Schmerbach und SE Frau Röhrig beantwortet.

Den Ausschussmitgliedern liegt der Einladungsflyer für die Fachtagung „Hingehen, Mitgehen, Weitergehen“ zum 20 jährigen Bestehen des MMD in Köln am 5. Juni 2013 als Tischvorlage vor.

#### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

Keine

#### **2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

##### **2.1 Aktueller Sachstand zum Toilettenkonzept**

Frau Willms vom Bauverwaltungsamt erinnert an die Interimsmaßnahmen, die vom Rat im September 2012 beschlossen wurden. Aufgrund dessen konnte die Verwaltung die U-Bahn-Toilette Venloer Straße/Ecke Gürtel wieder öffnen. Die Kontroll- und Reinigungsarbeiten habe die Kölner Gesellschaft für Arbeit und Berufsförderung mbH (KGAB) übernommen.

Im Mai 2013 werden an den Poller Wiesen, an der Rodenkirchener Riviera, am Merheimer Platz und in der Merheimer Heide Toilettenkabinen aufgestellt.

Mit dem Einzelhandelsverband, der IHK, Dehoga und Köln-Tourismus wurde das Projekt „Happy Toilet Köln“ entwickelt. Der erste Vertrag wird am 29.04.2013 mit dem Inhaber des Campingplatzes Berger an der Rodenkirchener Riviera abgeschlossen.

Weitere Interessenten an diesem Projekt, wie Inhaber von Gewerbebetrieben, Arztpraxen und Gaststätten, die entsprechende Verträge abschließen möchten, gebe es bereits. Sobald der Doppelhaushalt vom Rat beschlossen und von der Bezirksregierung genehmigt wurde, könne ab ca. Sommer 2013 Kontakt mit diesem Personenkreis hergestellt bzw. gezielte Anfragen auch in den Stadtbezirken vorgenommen werden. Ziel sei es, den Fokus nicht nur auf Toilettenangebote in der Innenstadt zu setzen,

sondern auch Gewerbetreibende in den Stadtbezirken zu gewinnen. Insgesamt sollen Anbieter von behindertengerechten Toiletten bevorzugt werden.

Die zusätzlich nach der Sondersitzung des Finanzausschusses zur Bewilligung anstehenden 300.000 Euro pro Jahr ermöglichen auf jeden Fall ein höheres Angebot im Rahmen der Initiative „HappyToilet Köln“ und sicherlich auch ein breiteres Angebot von Toiletten in den Grünanlagen.

Die sogenannten Stein auf Stein - Toilettenanlagen in den U-Bahnen, die City-Toiletten sowie die Urinale werden bis 31.12.2014 aus dem bestehenden Werbenutzungsvertrag mit der Stadtwerke Köln GmbH heraus durch deren Konzessionäre weiter betrieben.

Alle Toilettenanlagen, die bisher über den Werbenutzungsvertrag betrieben wurden, aber auch alle Beschlüsse aus den Ausschüssen und Bezirksvertretungen zu Wunschstandorten u. a. wurden in einer Liste erfasst. Derzeit werde verwaltungsintern geprüft, welche Aufgaben davon die Stadt zukünftig selbst erledigen könne.

RM Herr Dr. Strahl erkundigt sich danach, wie die Verwaltung eine Grundsicherung über 24 Stunden gewährleisten könne.

Frau Willms teilt mit, dass sie derzeit noch keine abschließende Antwort geben könne. Eine möglichst 24-stündige Gewährleistung würde jedoch auch auf der vorgenannten Liste stehen.

RM Frau Schmerbach interessiert die Anzahl der mit den vorhandenen Mitteln aufgestellten Toiletten und Behindertentoiletten sowie die Anzahl der Kooperationen.

Frau Willms erläutert, dass der Teil des Ratsbeschlusses, Öffnung der Toilettenanlage Venloer Straße/Ecke Gürtel, umgesetzt wurde. Über das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen werden im Mai 2013 insgesamt 14 mobile, davon 7 behindertengerechte Toilettenanlagen aufgestellt.

Bis auf den Campingplatz Berger konnten noch keine weiteren Kooperationen eingegangen werden, da der Haushalt 2013/2014 noch nicht beschlossen und genehmigt sei. Im Ursprungsbeschluss aus September 2012 war vorgesehen, in diesem Jahr 30 Gewerbetreibende und im nächsten weitere 30 Betriebe anzusprechen.

RM Herr Paetzold fragt nach, in welcher Höhe eine Entschädigung an die Gewerbetreibenden für die „Happy Toilet“ gezahlt werden soll.

Laut Frau Willms werde die Verwaltung im Rahmen dieses Projektes jährlich 600 Euro für normale Toiletten und 1.800 Euro jährlich für behindertengerechte Toilettenanlagen zahlen. Die Gewerbetreibenden können von den Benutzern und den Benutzerinnen ein Entgelt verlangen.

SB Frau Barion möchte wissen, wie die Öffentlichkeit über die Angebote informiert werde.

Hierzu teilt Frau Willms mit, dass es einen Aufkleber „Happy Toilet Köln“ geben werde. Außerdem sei vorgesehen, dass die Stadt Köln und Köln Tourismus auf ihren Internetseiten entsprechende Hinweise veröffentlicht. Die Daten könnten ebenfalls von diversen App-Anbietern über eine von der Stadt zur Verfügung gestellten „Schnittstelle“ abgerufen werden.

Auf die Frage von SE Frau Brunelli, ob auch auf Wickeltische hingewiesen werde, erklärt Frau Willms, dass entsprechende Piktogramme (behindertengerecht, Wickeltisch) angebracht werden sollen.

Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach interessiert, ob auch Freie Träger Kooperationspartner für die „Happy Toilet“ werden können.

Frau Willms bestätigt, dass es keine Beschränkung bei den Kooperationspartnern gebe.

SE Frau Röhrig fragt nach, ob im Vertrag eine regelmäßige Reinigung der Toilettenanlagen vorgesehen und im Nutzungsentgelt enthalten sei.

Frau Willms entgegnet, dass bei einem Betrag von umgerechnet 50 Euro monatlich davon auszugehen sei, dass normalerweise damit nicht die Reinigung der Toilettenanlage abgedeckt sei. Da die Stadt Köln jedoch ein maßgebliches Interesse an sauberen Anlagen habe, wurde sich auf eine Klausel im Vertrag, „Ordentliche Toiletten sind vorzuhalten“, geeinigt. In Kooperation mit dem Amt für Öffentliche Ordnung finden Kontrollen durch den Außendienst statt.

SB Frau Barion regt an, den Benutzerinnen und Benutzern eine Rückmeldemöglichkeit bezüglich der Sauberkeit zu geben.

Frau Willms weist auf die Plattform von Internetforen hin, in dem sich über das Spektrum der Erfahrungen geäußert werden kann.

## **2.2 Sachbericht aus dem Rechnungsprüfungsausschuss zu den Kosten der Feuerwehr**

Herr Stadtdirektor Kahlen teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 9. April 2013 nicht abschließend behandelt und auf die nächste Sitzung am 6. Juni 2013 vertagt wurde.

Da die Mitglieder des Gesundheitsausschusses die Antwort der Verwaltung für den Rechnungsprüfungsausschuss nicht vorliegen haben, lässt Herr Stadtdirektor Kahlen diese kopieren und an die Ausschussmitglieder verteilen.

Herr Stadtdirektor Kahlen stellt fest, dass es keine einheitliche Betrachtungsweise bei der Finanzausstattung von Feuerwehr und Rettungsdienst gebe, sondern es komme immer auf die örtlichen Risiken an. Das mache eine standardisierte Betrachtung und eine Vergleichbarkeit so schwer.

Die Fragen der notwendigen Sicherungsschirme für die jeweils örtlichen Risikolagen werden in den Rettungsdienstbedarfsplänen oder im Feuerschutzbedarfsplan beantwortet.

Herr Stadtdirektor Kahlen weist darauf hin, dass er am 24.04.2013 ein Gespräch mit anderen Feuerwehrdezernentinnen und Feuerwehrdezernenten nordrheinwestfälischer Städte zum Thema Vergleichbarkeit der Daten führen werde.

RM Herr Peil bemerkt dazu, dass nicht alle Risiken ausgeschlossen werden könnten, so bedauerlich dies auch sei. In den Gesprächen mit anderen Kommunen sollten Möglichkeiten erörtert werden, an denen die Stadt Köln eventuell noch nicht gedacht habe. Er könne sich nicht vorstellen, dass es so schwer sein soll, einen Vergleich herzustellen, selbst auch unter Berücksichtigung der besonderen Risiken einzelner Städte. Es müssten doch Kennzahlen gefunden werden, die das Verhältnis von Bevölkerung, Fläche und Einsatzzeiten, Verkehrswege oder ähnlichem sowie das besondere Risiko als Industriestandort in irgendeiner Weise vergleichbar machen können.

Er bittet die Verwaltung, auf diesem Weg weiterzugehen und mehr herauszuholen, als das was das Rechnungsprüfungsamt in seiner Mitteilung aufgeführt habe.

Herr Stadtdirektor Kahlen macht noch mal deutlich, dass aufgrund der örtlichen Verhältnisse es schwer sei, zu Beurteilungsmaßstäben zu kommen. Die Verwaltung hätte ein hohes Interesse an einer Vergleichbarkeit, die dem Rat eine Beurteilung erleichtern würde.

Herr Neuhoff weist auf den Bericht des Rechnungsprüfungsamtes hin, wonach letztendlich ein Kostenvergleich zwischen den Feuerwehren nicht möglich sei. Dies läge unter anderen auch an den unterschiedlichen gesetzlichen Grundlagen in den Ländern (z.B. Landesbeamtengesetze).

Gegenüberstellen könne man jedoch die Strukturen: wie viel Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter habe die Feuerwehr bezogen auf die Einwohnerzahl, oder wie viel Personen sind rund um die Uhr im Dienst pro Einwohner/pro Fläche. Bei diesen Vergleichen läge Köln unter dem Durchschnitt.

SB Frau Houben würde es begrüßen, wenn die vorhandenen Strukturdaten den Ausschussmitgliedern vorgelegt werden könnten.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach schließt sich den Worten ihrer Vordnerin an und bittet, **den Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung am 11. Juni 2013 zu setzen**, da dann der Rechnungsprüfungsausschuss sich ebenfalls noch einmal mit der Angelegenheit in seiner Sitzung am 6. Juni 2013 befasst habe und somit mehr Informationen zur Verfügung ständen.

Die Ausschussmitglieder sind mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

### **2.3 Erfahrungsbericht zur Ausweitung des Sperrbezirks**

Herr Simon, Verwaltungsleiter des Gesundheitsamtes, stellt im Rahmen der Bearbeitung der Empfehlungen des Rapid Assessment die Problematik der Arbeitsbedingungen und der Sicherheit des Personals, der Prostituierten und der Freier kurz dar.

Es wurde in Zusammenarbeit mit dem Arbeitssicherheitstechnischen Dienst der Stadt Köln bei der Untersuchung der Arbeitsbedingungen des Personals (Streetwork) eine Mängelliste im Hinblick auf Sicherheit, Toiletten und Beleuchtung erstellt. Auch das Thema Beratungsstelle für Prostituierte werde verwaltungsintern diskutiert. Laut Ratsbeschluss vom 27.03.2012 könne allerdings die Umsetzung erst dann erfolgen, wenn die Finanzierung gesichert werden kann. Er hoffe, in absehbarer Zeit eine entsprechende Vorlage vorlegen zu können.

Frau Rannersberger, die als Streetworkerin bei der Beratungsstelle zu sexuell übertragbaren Erkrankungen einschließlich AIDS des Gesundheitsamtes arbeitet, ergänzt, dass sich im letzten Jahr nicht viel verändert habe. Im Umfeld von Meschenich gebe es nur noch sehr wenige Frauen, die anschaffen gehen. Infolgedessen beschweren sich auch kaum noch Anwohnerinnen und Anwohner.

Am Eifeltor und auf der Brühler Landstraße seien ca. 80% der dort wechselnd anschaffenden Frauen Bulgarinnen. Frau Rannersberger bestätigt die unhygienischen Zustände vor Ort und beklagt die fehlende Beleuchtung.



Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach fragt nach, ob aus den Mitteln für das Toilettenkonzept dort Abhilfe geschaffen werden könne.

Frau Beigeordnete Reker weist darauf hin, dass dies jetzt nur ein kurzer Zwischenbericht gewesen sei. Die Probleme seien erkannt, aber derzeit noch keine befriedigende Lösung erkennbar. Das habe mit den geschilderten Rahmenbedingungen, aber auch mit Zuständigkeitsfragen zu tun.

SB Frau Houben erklärt, dass es sich hier nicht um einen von ihr erwarteten Erfahrungsbericht, sondern um eine Schilderung der bekannten Probleme gehandelt habe.

Frau RM Schmerbach fragt die Verwaltung, wann mit einem konkreteren Erfahrungsbericht zu rechnen sei.

Frau Beigeordnete Reker strebt an, die Darstellung vor der Sommerpause vorzulegen, sofern auch die anderen Bereiche innerhalb der Stadtverwaltung ihren Anteil dazu leisten würden.

SE Frau Vorpahl-Allweins findet es erschreckend, dass innerhalb des vergangenen Jahres die Zustände nicht verbessert werden konnten.

SE Frau Röhrig schließt sich den Worten ihrer Vorrednerin an und hofft, dass die Verwaltung bald Verbesserungen vornehmen werde.

Frau Beigeordneter Reker bemerkt, dass seinerzeit der Einsatz des Instruments „Rapid Assessment“ eine gute Möglichkeit war, einen Sensibilisierungsprozess innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung in Gang zu setzen. Es handele sich hier um ein Gesamtproblem und nicht um einzelne zuständigkeitsbezogene Maßnahmen.

RM Herr Dr. Strahl ist erfreut, dass in Meschenich keine Beschwerden aus der Bevölkerung mehr festgestellt werden. Zum anderen müsse geklärt werden, mit welchen Mitteln und unter welchen Umständen Verbesserungen erreicht und Situationen optimiert werden können. Es nur auf die Toiletten und die Lichtverhältnisse zu beschränken, sei ihm zu wenig.

RM Herr Paetzold fühlt sich bei dem Gedanken nicht wohl, dass neben den Prostituierten und Freiern sich auch die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dunkeln aufhalten müssten. Der Gesundheitsausschuss könne es nicht hinnehmen, dass die städtischen Bediensteten in einer derartigen Weise belastet werden. Die Verwaltung solle für die weiteren Maßnahmen und Gespräche das Votum des Gesundheitsausschusses, dass eine Änderung der Umstände zu erfolgen habe, mitnehmen. Diesem Vorschlag wird nicht widersprochen.

#### **2.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 12.03.2013, hier: Neue Trinkwasserverordnung 1331/2013**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die als Tischvorlage (*Anlage 1*) umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Herr Dr. Strahl bedankt sich für die Mitteilung und hofft, dass die Ausschreibung der erforderlichen Personalstellen nicht zu lange dauern werde.

**3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Keine

**4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Keine

**5 Beschlussvorlagen**

Keine

**6 Mitteilungen**

**6.1 Neues Nichtraucherschutzgesetz NRW (NiSchG NRW) ab dem 01.05.2013 1003/2013**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung zur Kenntnis.

RM Herr Peil begrüßt das Inkrafttreten des Nichtraucherschutzgesetzes als einen gesundheitspolitischen großen Schritt. Die Stadt habe nunmehr eine Chance, den Schutz der Menschen in öffentlichen Räumen und in den für die Öffentlichkeit zur Verfügung gestellten Räumen sicherzustellen.

RM Herr Paetzold gehe davon aus, dass die Bewohnerinnen und Bewohner eines Altenheimes in ihren Zimmern rauchen dürfen.

Herr Stadtdirektor Kahlen antwortet, laut Gesetz bestehe die Möglichkeit, in der Privatsphäre zu rauchen, also in den jeweiligen Wohnräumen einer Einrichtung, aber nicht in den Gemeinschaftsräumen.

SB Frau Houben möchte wissen, ob es aus therapeutischer Sicht Ausnahmeregelungen in den Zimmern von Patientinnen und Patienten psychiatrischer und gerontopsychiatrischer Kliniken sowie in den Zimmern von Bewohnerinnen und Bewohnern von Behindertenwohnheimen gebe.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung der Anfrage zu.

**6.2 AN/0296/2013 Armutszuwanderung nach Köln 1137/2013**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung zur Kenntnis.

SE Frau Brunelli fragt die Verwaltung, ob es möglich sei, Informationen an die niedergelassene Ärzteschaft über die Bedeutung der EHIC – European Health Insurance Card – (Europäische Krankenversicherungskarte) weiterzuleiten.

SE Herr Dr. Zastrow erklärt, dass es sicherlich möglich sei, die Ärzteschaft über die Kassenärztliche Vereinigung entsprechend zu informieren.

RM Her Peil weist darauf hin, dass er ein grundsätzliches Problem mit dieser Thematik habe. In einem Land mit einer geringen Geburtenquote sollte die Einwanderung als Chance gesehen werden und nicht als ein Problem. Bei den Zuwanderern und Zuwanderinnen handele es sich in der Regel nicht um Kleinkriminelle, die Sozialleistungen abgreifen wollen. Es seien Menschen, die Möglichkeiten suchen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Den Kindern sollte eine vernünftige Schul- bzw. Berufsausbildung ermöglicht werden, denn sie seien die Arbeitskräfte von morgen, die überall gebraucht würden. Daher wünsche er sich eine ausführlichere Beantwortung in absehbarer Zeit mit Vorschlägen, wie man diese Menschen, die ihr Recht auf Freizügigkeit nutzen wollen, besser und schneller in Arbeitsprozesse integrieren könne. Er hoffe, dass aus dieser Anfrage ein Projekt werde, das allen weiterhelfe.

Für RM Herrn Dr. Strahl ist die Mitteilung sehr ordentlich und umfassend. Für die verschiedenen Fachgebiete sowie für das Gesundheitsamt ergeben sich jedoch etliche Fragen, denen man sich stellen müsse. Es sei daher angebracht, wenn der Ausschuss in angemessener Zeit hierauf zurückkommen und die Verwaltung überlegen solle, welche Konsequenzen aus den Erkenntnissen zu ziehen oder bereits gezogen worden seien.

RM Herr Paetzold schlägt für die SPD-Fraktion vor, den Punkt noch einmal auf die Tagesordnung der Sitzung am 11. Juni 2013 zu setzen, da die Mitteilung relativ kurz vor der Sitzung zugestellt wurde.

Frau Beigeordnete Reker weist darauf hin, dass die Verwaltung eine übergreifende Informationsveranstaltung plane, in der die eventuellen Bedarfe abgestimmt werden können. Normalerweise sei es so, dass die Menschen, die im Rahmen der vollständigen Freizügigkeit nach Köln kommen, die gleichen Ansprüche wie die anderen Einwohnerinnen und Einwohner haben sollen. Derzeit könne nicht seriös geschätzt werden, für wie viele Menschen wie viel Geld zur Verfügung gestellt werden müsse.

Zu den entstehenden Kosten bemerkt RM Herr Peil, dass, sofern eine kommunale Steuerung nicht möglich sei, sich der Bund bzw. das Land an den Anstrengungen beteiligen müssten. Dies sei nicht einfach, aber eine klare und richtige Forderung des Rates der Stadt Köln. Auch wenn es keine konkreten Zahlen gebe, müsste sich die Stadt Köln über Konzepte und Finanzierungsmöglichkeiten Gedanken machen.

SE Frau Brunelli fragt, ob auch Amaro Kher oder andere Migranten - Selbsthilfeorganisationen zu der geplanten Veranstaltung eingeladen werden.

Frau Beigeordnete Reker teilt mit, dass die Teilnehmerliste noch nicht fest stehe. Es sei gut möglich, auch Träger im gewissen Umfang mit einzubeziehen. Zunächst solle die Info-Veranstaltung den Politikerinnen und Politiker Unterstützung für die Bildung einer konkreten politischen Meinung geben und nicht ein basisdemokratischer Prozess innerhalb der Stadt Köln sein. Sie nehme die Anregung mit, ausgewählte Vertreterinnen und Vertreter von Organisationen teilnehmen zu lassen.

SE Frau Brunelli stellt klar, dass bei diesem Thema auch Roma und Sinti gemeint seien und somit für sie die Beteiligung von Amaro Kher wichtig sei.

**Mit Zustimmung der Ausschussmitglieder bittet die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach, den Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung am 11.Juni 2013 zu setzen.**

## **6.3 Sachstand bei den Baumaßnahmen der Feuerwehr 1392/2013**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die als Tischvorlage (*Anlage 2*) umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Stobbe, Abteilungsleiter Gefahrenabwehr II, Technik und Gebäude der Berufsfeuerwehr, Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation (*Anlage 3*) den aktuellen Sachstand bei den Baumaßnahmen der Feuerwehr.

RM Herr Peil bemerkt, dass man sich hier in einem Spagat zwischen wünschenswerten und notwendigen sowie zwischen gesetzlich vorgeschriebenen Standards und noch vertretbaren Risiken in der Bevölkerung bewege. Die Aufgabe der Politik müsse sein, dies auszuloten, um die Belastungen für den Haushalt auch überschaubar zu halten. Bei den Ausführungen zum erhöhten Raumbedarf sei ihm das als Laie nicht immer erklärbar gewesen.

Herr Neuhoff, Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, gibt dazu folgende Hinweise:

Bei einigen der Feuerwehren sei die Situation so, dass diese schon zu klein waren, als sie in Betrieb genommen wurden. Beispiele dafür seien die Feuerwache 6 - Ursprungsplanung 1973, realisiert 1997; Feuerwache 14 – Planung 1975, Realisierung 1987; Feuerwache 2 – Planung 1975, Realisierung 2003; Hauptfeuerwache – Planungen in den 50iger Jahren, bezogen im Jahr 1978. Zu berücksichtigen sei hier auch die Kommunale Gebietsreform 1975, das neue Rettungsgesetz und die Integration des Amtes für den Zivilschutz.

Der Zuwachs an Raumbedarf käme zum einen von der Personalsituation (Arbeitszeitverkürzung = 98 zusätzliche Mitarbeiter) und zum anderen von den Zuwächsen im Fahrzeugbereich, im wesentlichen im Rettungsdienst. Die Sünden der Vergangenheit müssten leider jetzt aufgefangen werden.

## **7 Mündliche Anfragen**

### **7.1 Aktueller Stand auf dem Kalkberg**

SB Frau Houben bittet die Verwaltung um einen kurzen Sachstandsbericht, nachdem der Presse zu entnehmen war, dass der Vertrag unterschrieben sei.

Herr Stadtdirektor Kahlen bestätigt den Beitritt der Verwaltung zum Kaufvertrag im März 2013. Er verweist noch einmal auf die Interventionen von Bürgern an die Bezirksregierung Köln, bezogen auf die Beherrschbarkeit der Altlasten, an die Bezirksregierung Düsseldorf wegen der Luftverkehrsrechtlichen Genehmigung sowie der Petition an den Landtag NRW mit der gleichen Zielsetzung.

Zunächst mussten diese Eingaben abgearbeitet werden. In Gesprächen mit den Regierungspräsidien sei geklärt worden, ob auch ohne förmlichen Abschluss dieser Verfahren der Kauf erfolgen könne. Dies wurde bejaht.

Eingaben und Fragen gäbe es außerdem auch in den Einwohnerfragestunden in der Bezirksvertretung Kalk. Die Verwaltung versuche der Bevölkerung deutlich zu ma-

chen, dass jetzt eine Realisierungsphase komme, bei der sowohl der Planungs- und der Baubeschluss aus Dezember 2011 umgesetzt werde.

Zur Beherrschbarkeit der Altlasten auf dem Kalkberg nimmt Herr Gerhold, Gruppenleiter Altlastkataster, Datenmanagement, Gefährdungsabschätzungen, des Amtes für Umwelt- und Verbraucherschutz, wie folgt Stellung:

Seit Beginn der Ankaufverhandlung beschäftige sich die Verwaltung wieder intensiv mit der Altlastensituation. Zur Bewertung der Altlastensituation seien zwei Dinge entscheidend. Zum einen der direkte Schutz von Menschen, die auf dem Kalkberg arbeiten und im Umfeld wohnen. Das Umweltamt habe im Herbst 2012 ein Oberbodengutachten anfertigen lassen. Dieses werde kurzfristig im Internet veröffentlicht. Tenor sei, dass der Kalkberg ordnungsgemäß abgedeckt worden sei. An den Flanken im Norden und Westen gebe es allerdings offenes Deponat, was zwar formal die Kriterien für eine Park- und Freizeitanlage einhalte, aber nicht die Kriterien für einen Kinderspielplatz. Das Umweltamt habe daher die Empfehlung ausgesprochen, den defekten Zaun zum angrenzenden Wohngebiet mit Spielplatz instand zu setzen bzw. einen neuen Zaun zu ziehen und den Kalkberg in diesem Bereich unzugänglich zu machen.

Das zweite Problem sei die Cyanidbelastung des Grundwassers. Aktuell habe die Feuerwehr das Umweltamt beauftragt, der Verpflichtung zu weiteren Grundwasseruntersuchungen, die die Grundstücksentwicklungsgesellschaft (GSE) noch hatte, nachzugehen. Die Untersuchungsvorbereitungen liefen zurzeit.

Den Kalkberg abzutragen, sei absolut unverhältnismäßig. Die Grundwassersituation beeinträchtige in keiner Weise den Bau und Betrieb der Hubschrauberstation. Zunächst müssten die Ergebnisse der weiteren Grundwasseruntersuchungen abgewartet werden, um dann die notwendigen Schlüsse daraus zu ziehen. Derzeit sehe die Verwaltung keine Gefahr für die Bevölkerung im Zusammenhang mit dem Grundwasser und dem Oberboden.

RM Herr Peil möchte wissen, ob es schon Erkenntnisse gebe, woher die Belastung käme.

Herr Gerhold entgegnet, dass die Chemische Fabrik Kalk nicht mit Cyaniden in großen Maßstäben umgegangen wäre. Deshalb wurden der Kalkberg und das Grundwasser in dessen Umfeld auch 1995 darauf nicht untersucht.

Im Februar 2013 ergaben sich im Grundwasser weiterhin hohe Werte, aber in der Verteilung erstmalig etwas anders. Im Zuge von Kartenauswertungen wurden unter dem Kalkberg und am Rande des Kalkberges Gruben gefunden. Im Umfeld des Kalkberges gab es früher städtische Betriebe wie z.B. einen Schlachthof und eine Kläranlage, die eventuell Ursache für die erhöhten Werte sein könnten. Die Prüfungen dauerten noch an.

Daher kann die Verwaltung über die Verursachung derzeit noch nichts Genaueres sagen.

Herr Stadtdirektor Kahlen ergänzt, dass das Bauaufsichtsamt die Planungen für den Bau und die Erschließungsstraße der Hubschrauberbetriebsstation genehmigt habe. Die Pläne wurden der direkten Nachbarschaft vorgestellt mit dem Ergebnis, dass zwei Eigentümer der angrenzenden Wohnhäuser Klagen gegen die Baugenehmigung eingereicht haben. Die Klagen würden keinen Planungs- oder Baustopp auslösen. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes stehe noch aus. Letztlich sei die Baugenehmigung jedoch Ausfluss einer bestandskräftigen Luftverkehrsgenehmigung.

Im Herbst 2013 werden die Bauarbeiten der Straße vermutlich abgeschlossen sein; danach beginne der Rohbau der Betriebsstation.

Auf Anregung der Bezirksvertretung Kalk sei eine Machbarkeitsstudie für eine Aussichtsplattform in Auftrag gegeben worden. Die Kosten würden sich auf 650.000 Euro belaufen. Hierfür konnte die Verwaltung im Haushaltsplan keinen Deckungsvorschlag machen.

Die Einsatzzahlen der beiden Hubschrauber sind in etwa in den letzten drei Jahren auf dem gleichen Niveau geblieben. Von 2010 auf 2011 und von 2011 auf 2012 gab es jeweils eine kleine Steigerung. 1.550 Einsätze des Rettungstransporthubschraubers im Schnitt und knapp 800 Einsätze des Intensivrettungshubschraubers waren zu verzeichnen. Das sei im Ergebnis 10,8 in 2011 und 11,1 Flugbewegungen für die derzeitigen Standorte. Die Feuerwehr bewege sich in den Planzahlen, die seinerzeit dem Ausschuss vorgestellt wurden.

Die Ausschreibung für den Intensivtransporthubschrauber sei gestartet.

## **7.2 Müllentsorgung in Köln-Chorweiler**

RM Herr Paetzold berichtet über Hinweise von Bürgerinnen und Bürgern aus Chorweiler im Anschluss der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren in Chorweiler, dass die mangelnde Müllentsorgung, vor allen Dingen in den Sommermonaten, zu vermehrtem Auftreten von Ratten und Kakerlaken führen würde. Die Mieter hätten sich an das Gesundheitsamt gewandt. Dort seien sie darauf hingewiesen worden, dass die Gesundheitsbehörde für privaten Wohnraum nicht zuständig sei.

Er möchte wissen, welche Möglichkeiten die Verwaltung sehe, Einfluss auf die Vermieter oder Mieter der Liegenschaften zu nehmen.

Frau Beigeordnete Reker erklärt, dass der Verwaltung die Situation bekannt sei. Die Abfallwirtschaftsbetriebe (AWB) fahre verschiedene Straßen fast täglich an, um den Müll zu entsorgen. Dazu gehören auch der Pariser Platz, die Florenzer Straße und die Lyoner Passage.

Bei den großen Containern gebe es eine 14-tägige Leerung und dieses sei Sache des Eigentümers. Hier läge, wie auch vom Gesundheitsamt ausgeführt, das Problem. Die AWB spreche selbstverständlich die Eigentümer diesbezüglich an. Die Art der Müllsammlung (Containergröße) bzw. die Häufigkeit der Müllentsorgung kann von der Verwaltung nur bedingt beeinflusst werden.

Beim Gesundheitsamt bestehe eine entsprechende Zuständigkeit nur bei städtischen Gebäuden und Flächen. Aber wenn es zu einer unerträglichen Ansammlung von Schädlingen komme, prüfe das Gesundheitsamt, ob eine Gesundheitsgefährdung vorliege. Dies konnte bisher ausgeschlossen werden.

## **7.3 Abrechnungen von Feuerwehreinsätzen**

RM Herr Dr. Strahl berichtet von einem Zeitungsartikel vom 4. April 2013. Danach wären 23.000 Einsätze des Rettungsdienstes bislang nicht in Rechnung gestellt worden. Er möchte wissen

1. wer die Abrechnung vornimmt, die Feuerwehr oder die Stadt Köln und
2. warum musste erst eine fünffache Überzähligkeit der abzurechnenden Fälle eintreten, bevor man jetzt reagiere.

Herr Rosenberger, Verwaltungsleiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, erläutert, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Feuerwehr, und damit der Stadt Köln, die Einsätze abrechnen.

Die Personalbemessung richte sich nach Fallzahlen, die ständig zunehmen. Außerdem gebe es langfristige Personalausfälle, die zu den Rückständen geführt haben. Die Möglichkeit, dass die noch ausstehenden Gebühren verjähren bestehe nicht, da die gesetzlich vorgeschriebene Frist von vier Jahren bei den zurzeit anstehenden Rückständen nicht eintreten werde.

Die Rückstände aus dem Jahr 2012 seien abgearbeitet. Derzeit bearbeiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Zwei-Monats-Rückstände des laufenden Jahres.

In diesem Zusammenhang weist Herr Stadtdirektor Kahlen darauf hin, dass aufgrund der schwierigen Haushaltssituation der Stadt Köln eine Fallzahlerhöhung nicht automatisch auch eine Personalaufstockung zur Folge habe.

---

Schmerbach

Ausschussvorsitzende

---

Jeske

Schriftführerin